



22.3055

**Motion Fraktion
der Schweizerischen Volkspartei.
Armeebestand mittels Massnahmen
beim Zivildienst stärken**

**Motion groupe
de l'Union démocratique du centre.
Augmenter l'effectif de l'armée
en prenant des mesures
pour le service civil**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.06.22

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.09.22

*Jugendliche auf der Tribüne rufen in den Saal, zeigen zwei Spruchbänder und lassen Papierflugzeuge fliegen
Des jeunes crient de la tribune, montrent deux banderoles et font voler des avions en papier*

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Ich bitte die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne, sich an die Ordnung dieses Hauses zu halten. Ich danke den Sicherheitskräften für ihren Einsatz. Wir können die Debatte fortsetzen.

Nun, da es auf der Tribüne wieder ruhig ist, dürfen auch Sie, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen, wieder zur Ruhe zurückkehren.

Hurter Thomas (V, SH): Ich spreche sehr gerne über diese Motion. Ich warte auch gerne noch ein paar Sekunden, bis es etwas ruhiger ist. (*Zwischenruf der Präsidentin: Herr Hurter hat das Wort, aber er beginnt erst zu sprechen, wenn es wenigstens so leise ist, dass mindestens ich ihn verstehen kann.*) Danke, Frau Präsidentin. Bei dieser Motion geht es darum, dass wir die Problematik bezüglich der Abwanderer aus der Armee in den Zivildienst endlich einmal lösen.

Schauen wir etwas zurück. 1996 wurde der Zivildienst gegründet. Die Idee dahinter war, dass Leute mit einem Gewissenskonflikt, die keinen Militärdienst leisten möchten, Zivildienst leisten können. Als man das damals eingeführt hat, hat man einerseits gesagt, dass man das schriftlich begründen muss, weil wir ja den Verfassungsauftrag haben, dass alle jungen, tauglichen Männer Militärdienst leisten müssen; andererseits mussten die Leute vor eine Kommission gehen. Es war also eine gewisse Hürde da. 2009 hat das Parlament diese Kommission abgeschafft, und was ist passiert? Von einem Jahr auf das andere sind die Anträge von unter 1000 auf etwa 6000 bis 7000 angestiegen. Über all die Jahre hatten wir pro Jahr rund 6000 bis 7000 junge, taugliche Männer, die keinen Militärdienst leisten wollten. Das hat dazu geführt, dass wir das über alle Jahre immer wieder diskutiert haben, hier in diesem Saal und auch in den Kommissionen. Es hat drei verschiedene Berichte und immer wieder kleine Massnahmen gegeben, die allerdings gar nichts gebracht haben. Ich rede hier nicht von den Zivildienstleistenden, die eine gute Arbeit machen, sondern ich rede von jenen, die nicht mehr Militärdienst leisten möchten.

Dann schauen Sie einmal, wann diese Leute vom Militärdienst weggehen. Der grösste Teil geht nach der RS oder vor der Beförderung weg, ganz einfach, weil diese Personen keine Lust mehr haben, Militärdienst zu leisten. So einfach ist das. Und leider haben wir es in diesen Jahren nie geschafft, das zu korrigieren, und wenn das so weitergeht, hat das natürlich noch ganz andere Folgen.

Schauen wir jetzt, was passiert ist: Jetzt haben wir plötzlich ein Problem bei der Armee, mit den Armeebeständen. Selbstverständlich gibt es verschiedene Gründe. Aber jetzt diskutieren wir z. B. plötzlich, dass auch die Frauen Dienst leisten sollen. Wir können das gerne diskutieren, aber wenn dann Frauen Dienst leisten



müssen für junge, taugliche Männer, die keinen Militärdienst leisten möchten, dann haben wir ein Problem, und ich glaube, das müssen wir anschauen.

Ich kann Ihnen zwei Beispiele aus der Aktualität machen, dafür, dass eben sehr viele Leute in den Zivildienst gehen, weil sie nicht Militärdienst leisten möchten: An der Universität St. Gallen, der HSG, wurde vor ein paar Monaten eine Umfrage bei Personen gemacht, die in den Zivildienst gegangen sind. Es haben gerade einmal null Personen – null Personen! – angekreuzt, dass sie einen Gewissenskonflikt haben. Null! Das zeigt also, dass man geht, weil es einfacher, weil es bequemer ist. Oder nehmen Sie die Covid-19-Krise: Zu Beginn der Covid-19-Krise hat man Zehntausende von Armeeangehörigen aufgeboten. Innert 24 Stunden waren 80 Prozent der Aufgebotenen im Einsatz oder bereit zu arbeiten. Beim Zivildienst hat man 16 000 angefragt, es haben sich gerade mal 4 Prozent gemeldet. Sie sehen also, diese Mobilisierung funktioniert eben auch nicht. Das hat das Parlament endlich erkannt: 2020 haben beide Räte einer Revision des Zivildienstgesetzes mit acht Massnahmen zugestimmt, aber dann wurde sie leider hier im Saal bei der Schlussabstimmung abgelehnt, leider auch aus taktischen Gründen; ich erwähne jetzt hier den Hintergrund nicht mehr. Die Revision wurde vor allem aus taktischen Gründen abgelehnt, und deshalb haben wir sie in dieser Motion neu aufgenommen, mit nur sechs Massnahmen. Wir haben die zwei, die damals sehr umstritten waren, z. B. Zivildienstesätze im Ausland zu verbieten, rausgenommen, und eigentlich fordern wir nur die sechs unbestrittenen Massnahmen. Man kann also diese Beratungen sehr schnell wiederaufnehmen. Die Kommissionen wurden nämlich angehört, die Vernehmlassungen wurden gemacht, sodass man diese Gesetzesrevision im Prinzip eigentlich relativ schnell angehen kann.

Ich bitte Sie deshalb, diese Gesetzesrevision zu unterstützen, wie es auch der Bundesrat macht.

Studer Lilian (M-E, AG): Geschätzter Herr Hurter, wäre es aus Ihrer Sicht nicht sinnvoller, vor dem Wechsel ein obligatorisches Gespräch oder einfach ein Gespräch zu fordern, statt die Hürden zu erhöhen, die den "blauen Weg" eben forcieren?

Hurter Thomas (V, SH): Frau Kollegin, vielen Dank für diese Frage. Diese Frage hätten Sie 2009 dem Parlament stellen müssen. Eine Mehrheit hier im Parlament hat gesagt, man möchte diese Kommission nicht mehr. Man hat das damals sogar mit den Kosten begründet; man hat gesagt, man könne Geld sparen.

Aber ich gehe mit Ihnen einig: Wenn man in einer Kommission ein Gespräch führen kann, kann man auch beurteilen, ob jemand tatsächlich einen Gewissenskonflikt hat. Aber leider wurde das abgeschafft. Damit ist es jetzt eigentlich so, dass man das auf dem gesetzgeberischen Weg machen muss.

Schauen wir nochmals zurück: Wir hatten 2010, 2012, 2014 ganz dicke Berichte zu dieser Thematik. Man hat immer nur gesagt, es werde jetzt dann etwas geändert, aber es ist nichts passiert.

Noch einmal: Ich möchte nicht sagen, dass der Zivildienst schlecht ist, dass schlechte Arbeit geleistet wird. Aber wenn null Studenten an der HSG sagen, sie hätten Gewissensgründe, um in den Zivildienst zu gehen, dann ritzen wir hier die Verfassung. Das ist die Problematik. Sie haben heute faktisch die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst.

Fivaz Fabien (G, NE): Ich habe eine Frage: Wir führen zurzeit eine Diskussion über die Alimentierung der Armee. Uns liegen dazu zwei Berichte des Bundesrates vor, das Geschäft kommt in zwei Wochen in die Kommission. Glauben Sie nicht, dass wir vielleicht warten sollten, bis diese Diskussion zu Ende ist, bevor wir nochmals mit derselben Vorlage beginnen, die unser Rat vor zwei Jahren abgelehnt hat?

AB 2022 N 1843 / BO 2022 N 1843

Hurter Thomas (V, SH): Merci beaucoup pour cette question, cher collègue. Je vais naturellement y répondre en français. Vous avez absolument raison, les années passées, nous avons reçu des rapports, nous avons discuté, mais le problème est toujours là, et il faut maintenant prendre une décision. Comme je l'ai dit, le vote du Parlement, en 2020, sur la loi sur le service civil, était une action tactique, vous le savez bien. Maintenant il faut passer à autre chose et prendre une décision.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): Je poserai ma question en français, c'est mieux pour moi. Cher collègue, on a laissé les jeunes choisir, mais en fait ce que je constate, c'est qu'ils ont le choix entre la voie bleue, pour ceux qui ne veulent pas faire l'armée, ou s'engager dans le service civil, mais en faisant 50 pour cent de jours en plus. Cet engagement auprès des personnes âgées, auprès des paysans de montagne, etc., est salué. Vous devez quand même reconnaître que c'est un service utile à la population, et que ces jeunes s'engagent réellement dans quelque chose de concret.



Hurter Thomas (V, SH): Ja, Herr Fridez, ich gehe natürlich völlig mit Ihnen einig. Es gibt ganz viele Leute, die im Zivildienst einen sehr guten Job machen. Aber ich rede ja hier von den Leuten, die eben einfach genug vom Militärdienst haben. Sie kennen die Zahlen so gut wie ich. Wenn man sieht, dass die meisten jungen, tauglichen Männer nach der RS und vor der Beförderung weggehen, muss man daraus schliessen, dass sie einfach keine Lust mehr haben. Ich glaube, das müssen wir wirklich entsprechend korrigieren.

Vielleicht noch ein Hinweis: Wenn jemand in der Armee ohne Waffe Dienst leisten möchte, muss er das begründen, dann muss er vor eine Kommission, dann hat er eine riesige Hürde zu überwinden. Aber einer, der in den Zivildienst gehen will, hat tausend Möglichkeiten, das sehr einfach zu tun. Sie mögen sich erinnern: Zu Beginn, als man das eingeführt hat, gab es ein Online-Formular, wo man "Zivildienst" ankreuzen konnte – fertig.

Präsident (Nussbaumer Eric, zweiter Vizepräsident): Die Motion wird von Frau Gredig bekämpft.

Gredig Corina (GL, ZH): Mein Vorredner hat es schon erwähnt: Einige von Ihnen haben vielleicht ein Déjà-vu erlebt, als sie diese Motion gesehen haben. Es ist ein Projekt, das wir als Nationalrat an der Sommersession 2020 in der Bernexpo abgelehnt haben. Nun liegt es schon wieder auf dem Tisch, mit der Begründung, dass sich die internationale Sicherheitslage geändert habe und wir in der Schweiz deshalb auch mit Massnahmen darauf reagieren müssten. Wir tun das hier in der Regel mit passenden Massnahmen, natürlich. Wir haben auch in dieser Session darauf reagiert: Wir haben unsere Luftverteidigung sichergestellt; wir haben in der Armeebotschaft weitere Weichen gestellt; wir haben darauf hingearbeitet, eine moderne, agile und mit modernster Technik ausgerüstete Armee zu haben.

Sie wollen jetzt auf die internationale Sicherheitslage reagieren, indem Sie beim Zivildienst einige Verschärfungen anbringen. Das ist doch nicht adäquat. Beim VBS befinden sich zur Weiterentwicklung der Dienstpflicht bereits gesamtheitliche Vorschläge in Ausarbeitung. Unsere Sicherheitspolitische Kommission hat bereits in die Wege geleitet, die Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems mit Anhörungen im Oktober gesamtheitlich anzuschauen, und darauf hingewirkt, dass wir dieses zukunftsgerichtet und moderner ausgestalten können.

Das VBS hat bei der Bevölkerung auch eine Umfrage betreffend die Dienstpflicht gemacht. Diese hat ein erfreuliches Resultat ergeben. Die Bevölkerung zeigt Bereitschaft, Dienst zu leisten. Wenn man aber fragt, was man denn ändern könnte, wird einerseits der Nutzen erwähnt, der nicht überall erkannt wird, und andererseits auch eine verbesserte Vereinbarkeit mit der persönlichen Lebensplanung genannt, beispielsweise mit der Familie. Wir müssen hier also auf die Bedürfnisse aus der Bevölkerung eingehen und darauf fokussieren.

Mit dieser Motion lenken Sie aber von den tatsächlichen Herausforderungen ab. Statt die Armee zu stärken, will diese Motion einfach den Zivildienst schwächen. Wenn wir aber eben auf die Bevölkerung hören, um festzustellen, woran wir arbeiten sollten, dann merken wir, dass wir uns mit dieser Motion aufs Falsche konzentrieren. Wir können uns schon selbst etwas vormachen, aber das bringt der Armee und der Sicherheit im Lande langfristig nichts. Die Armee gewinnt nichts, wenn der Zivildienst einfach schlechtmacht wird. Wenn wir jemanden motivieren wollen, in der Armee zu bleiben, dann müssen wir bei der Armee ansetzen und diese möglichst attraktiv gestalten.

Denken Sie auch daran: Der Zivildienst ist in der Bevölkerung beliebt und fest verankert. Wenn Sie die nächste Armeeabstimmung also gewinnen wollen, dann müssen Sie die gesamte Bevölkerung mitnehmen – und die letzte Abstimmung war denkbar knapp.

Der Zivildienst leistet einen Beitrag dazu, dass möglichst viele Junge ihre Dienstpflicht in Form eines persönlichen Dienstes erfüllen. Die vorliegende Motion stellt diesen Beitrag eines Teils der Jungen infrage. Wenn wir zum Beispiel merken, dass unsere Universitäten ein Problem haben, dann sollten wir als Lösung doch nicht einfach unsere Fachhochschulen schlechtmachen, dann sollten wir das Problem an der Wurzel packen und bei den Universitäten selbst ansetzen.

Des Weiteren würde eine Verschärfung sowohl dem Zivildienst als auch der Armee selbst schaden, weil vermehrt einfach der "blaue Weg" gewählt würde. Wir sollten diesen vielleicht einmal genauer unter die Lupe nehmen und dort schauen, was für Anreize wir setzen, anstatt dienstleistenden Menschen in diesem Lande mehr Steine in den Weg zu legen. Derzeit werden parteiübergreifend für eine Volksinitiative für eine allgemeine Dienstpflicht Unterschriften gesammelt. Das ist ein interessantes Projekt, über das wir hier bald debattieren werden.

Ich habe es schon zu Beginn gesagt: Lassen Sie doch die Sicherheitspolitischen Kommissionen arbeiten. Sie sind daran, verschiedene Varianten zur Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems detailliert zu prüfen. Diese Motion hingegen ist lediglich alter Wein in neuen Schläuchen.

Ich bitte Sie, auch diese Durchsetzungs-Motion der SVP-Fraktion abzulehnen, sich auf die Zukunft zu fokus-



sieren und die Stärkung der Armee in Angriff zu nehmen.

Seiler Graf Priska (S, ZH): Liebe Kollegin Gredig, es wird ja jetzt behauptet, dass die Abgänge von der Armee in den Zivildienst zunehmen. Haben Sie dazu Zahlen, oder können Sie diesen Trend bestätigen?

Gredig Corina (GL, ZH): Besten Dank, Kollegin Seiler Graf, für diese Frage. Im Gegenteil, die Abgänge haben aufgrund von entsprechenden Massnahmen bei der Armee abgenommen. Wenn wir also noch stärker hier ansetzen und schauen, wie wir die Rate verringern können, dann ist das der richtige Weg. Hier müssen wir eben Massnahmen ergreifen. Ich meine, die Abgänge haben ungefähr um ein Fünftel abgenommen. Man konnte sie also schon mit einer einzigen Massnahme ungefähr um 20 Prozent senken.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral propose d'accepter la motion.

Il a pris note que cette motion reprend six des huit mesures rejetées à l'époque par le Parlement et laisse de côté les deux mesures qui ont été particulièrement controversées lors des débats parlementaires de 2019 et de 2020.

Le raisonnement fondant la proposition d'acceptation du Conseil fédéral est le suivant.

La nécessité d'agir qui a conduit le Conseil fédéral en 2019 à durcir les admissions au service civil reste d'actualité en 2022 et justifie une modification rapide de la loi. Le nombre d'admissions en 2021 et également au premier semestre 2022 a été élevé – en particulier de celles qui ont eu lieu après l'accomplissement de l'école de recrues. Dans sa réponse du 18 mai 2022 à l'interpellation 22.3171, le Conseil fédéral a chiffré les charges financières engendrées par le passage

AB 2022 N 1844 / BO 2022 N 1844

au service civil des personnes astreintes au service militaire ayant réussi leur école de recrues. Pour les quelque 2000 admissions au service civil intervenues en 2021 après l'école de recrues, les dépenses d'instruction de l'armée finalement perdues sont estimées à 69 millions de francs. Cette constatation souligne également la nécessité d'agir.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.3055/25655)

Für Annahme der Motion ... 93 Stimmen

Dagegen ... 84 Stimmen

(1 Enthaltung)